

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten
für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.

Aufschrift für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölz in Hachenburg.

Nr. 227

Bezugspreis: vierteljährlich 270 M.,
monatlich 93 Pfg. mit Frachtlohn; durch die
Post 2,55 M. bezw. 85 Pfg. ohne Bestellgeld.

Während des Krieges müssen die Freilagen weglassen.

Hachenburg, Freitag den 27. September 1918.

Anzeigenpreis (schätzbar im voraus):
die sechsgespaltene Zeile 20 Pfg., die Restzeile 30 Pfg.

10. Jahrg.

Der Reichskanzler über Zensur und Versammlungsrecht.

Weitere Verhandlungen des Hauptausschusses.

22. Berlin, 26. September

Sofort nach Eröffnung der heutigen Sitzung des Reichs-
Hauptausschusses nahm der Reichskanzler Graf Hertling
Sitz zu folgenden Erklärungen:

Die Beschwerden, die gestern von allen Rednern gegen
den Entwurf der Zensur und des Vereins- und Versamm-
lungsrechts geltend gemacht sind, müssen von mir zu einem
Umfange als begründet anerkannt werden. Wenn
man in gewissen Körperschaften Verbote ergangen sind,
in Versammlungen nicht über die Wahlrechtsvorlage ge-
sprochen werden darf — und zwar weder von Freunden, noch
von Gegnern der Vorlage —, so ist das ein nicht haltbarer
Stand, der übrigens inzwischen schon durch einen Erlaß des
Reichskanzlers beseitigt ist. Nach der Lage der
Verhältnisse und der zu ihrer Ausführung ergangenen Ver-
ordnungen sind der Reichskanzler und die obersten Zivil-
behörden der Bundesstaaten zurzeit nur in der Lage, durch
Erlasse und Darlegungen ihrer Auffassung eine Ein-
wirkung auf die

Entscheidung allein befugten militärischen Stellen
auszuüben, ist vom Abg. Fickelbein anerkannt worden, daß in
den Reihen der Körperschaften berechnete Klagen über un-
zulässige Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts
erhoben werden können, während es andere Körp-
schaften gibt, in denen fortgesetzt bei jedem Zusammentritt des
Hauptausschusses Klagen vorgetragen werden, deren Be-
deutung zum Teil auch von mir anerkannt werden muß.
Die materiellen Befugnisse, die das Verlagerungsrechts-
gesetz der vollziehenden Gewalt überträgt, kann nach meiner
Meinung in Deutschland ebensowenig gestiftet werden,
wie in den anderen kriegführenden Staaten, ja sogar in
neutralen Ländern auf Grund älterer oder der für den
Fall besonders erlassenen Gesetze geschieht. Der Krieg
hat es mit sich, daß den Behörden außerordentliche Voll-
machten zur

Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung
werden müssen. Dagegen habe ich mich unter dem
Einfluß einiger besonders empfindlicher Vorkommnisse der
Zeit davon überzeugt, daß bei der langen Dauer des
Krieges in der Durchführung dieser außerordentlichen Voll-
machten aus dem Gebiete der Zensur und des Vereins- und
Versammlungsrechts wesentliche Änderungen eintreten müssen.
In die Erwägung der verschiedenen Wege eingetreten,
in diesem Ziele führen können. Es sind erschienen wohl als
möglichst folgende:

Ein Eingriff der Kommandogewalt, durch die die Zu-
sammensetzung der Willkürbefehlshaber entsprechend eingeschränkt
wird, oder eine Änderung der bestehenden Gesetzgebung in
Richtung, daß die den militärischen Instanzen seither
angewiesenen Aufgaben je nach deren Charakter
den Behörden gestellt werden, oder endlich die Ein-
führung ausreichender bürgerlicher Elemente in die letztlich
Entscheidung berufenen militärischen Stellen.

Die beiden ersten Wege sind in der Lage, heute anzu-
setzen, welcher der hier angedeuteten einschlägigen Wege
am besten zum Ziele führt. Seien Sie aber versichert, daß
in Ihrem nächsten Zusammentritt im November eine
den berechtigten Klagen entsprechende Änderung
des Gesetzes geleistet sein wird, und daß uns und dem Volke
die Wege, wie sie bisher unsere Zeit und Kraft so vielfach
gefordert haben, künftig erspart bleiben werden.
Aber das ist durchaus nicht willens bin, mich berechtigten
Klagen zu verschließen. Im Gegenteil, ich werde mit
Entschiedenheit dahin wirken, daß diese berechtigten Be-
klagen aus dem Wege geräumt werden. Nun aber, meine
Herrn, bitte ich auch Sie um mehr.

alles Fremde zurückzuweisen
Die Eingende voranzutreiben. Wie ich schon vorgestern
sagte: Wir haben auch nur das eine Ziel und das
eine Interesse: den Schutz des Vaterlandes, seine Unabhängig-
keit, seine Entwicklungsfähigkeit. Dieses Ziel können wir
erreichen, wenn wir auch im Innern fest und ein-
trächtig zusammenstehen; dann aber werden wir es erreichen.

Fortsetzung der Aussprache.

Abg. Graf Westarp (Kons.): Zustimmung und Kleinmut
über das berechnete Maß weit hinaus. In landwirt-
schaftlichen Kreisen berührt die Zustimmung auf der Zwangs-
natur, die nach dem Diktat der Gewerkschaften geführt
wird. Die Durchführungen fehlt jeder Rechtschutz, und
die Erregung der landwirtschaftlichen Kreise nicht
zu beschwichtigen. Die jetzige Tagung des Hauptausschusses ist
verfehlt, eine Besserung in der politischen Lage
nicht zu erwarten. Ich habe erst durch die Presse von
Ihrem Entschluß erfahren, den Hauptausschuss einzu-
schieben, sonst hätte ich Widerspruch erhoben. Die Presse
hat, die den Eindruck einer Regierungskrise
erzeugt. Das mußte nach außen schädlich wirken. Es
hat sich jetzt um das Bestreben einer Fortsetzung der De-
batte und der Parlamentarisierung. Unsere Feinde
haben das aus nobelsten Gründen, weil unsere Kampf-
kraft geschwächt wird. Ist die letzte Stunde dazu
gekommen? Nach unserer Meinung nicht.

Drängen nach Demokratisierung kriegsverlängernd.
Nimmt die Sozialdemokratie dazu, für ihren Eintritt in
die Regierung Bedingungen zu stellen? Wer hat sie denn
aufgefordert? Darüber müssen wir Auskunft erhalten.

In anderen Ländern verfährt die Sozialdemokratie anders.
Dort stellt sie ihre Parteiforderungen zurück. Bei uns aber
blüht der Weizen unserer Sozialdemokratie, wenn es dem
Vaterlande schlecht geht.

Der Kern der ganzen Bestrebungen ist, daß die Re-
gierungsgewalt an einen parlamentarischen Vollausschuss
übergehen soll. Dem soll zunächst die Aufhebung des Art. 9
der Reichsverfassung dienen. Würde der Artikel aufgehoben
werden, so würden die Verbündeten Regierungen die Re-
gierungsgewalt zugunsten einer Parlamentarität verlieren.
In gleicher Richtung liegt der Kampf gegen die sog. Neben-
regierung, d. h. die Oberste Seeresleitung. Verfassungsgemäß
hat der Reichskanzler die Regierung zu führen. Der Erlaß
des Kriegsministers richtet sich nicht gegen die Friedens-
entscheidung des Reichstages, sondern gegen die politische
Propaganda, und deshalb ist die Empfindlichkeit unerschöpflich.
Wir lehnen grundsätzlich die Parlamentarisierung ab.
Nedner befragt die verschiedenen Friedensangebote und
Reden der letzten Zeit. Wir halten hinsichtlich

Belastung und einer Kriegsentwässerung
an unserer bisherigen Stellungnahme fest. Nach unserer
Meinung handelt es sich da um Staatsnotwendigkeiten.
Belastung darf nicht ein Vorwand unserer Feinde werden. Es
ist sehr bedenklich, jetzt die Entscheidung über die Belastung
aufzuwerfen. Die Ausführungen des Reichskanzlers über den
Diktat waren in formaler und materieller Beziehung
durchschlagend. Ein Schritt auf der linken Seite ist auch
die Forderung einer Autonomie für Ost- und Westpreußen.
Auch das wäre ein Entgegenkommen gegen die Wünsche des Aus-
landes. Graf v. Helldorn hält nichts von der Idee eines
Völkerbundes. Wir müssen kaltblütig und entschlossen zu-
sammenstehen.

auf die Einheit kommt jetzt alles an.
Seht, es geht nicht um einzelne Kriegskriege, sondern um den
Schutz von Heimat und Herr. Darin aber sind wir alle
eins. Einzutreten muß die volle Souveränität, die sowohl in
den Tatsachen wie in den Mitteilungen, die wir erhalten
haben, begründet ist. Wir können den Verteidigungskrieg
erfolgreich weiterführen. Das Vertrauen zum Meer und zu seinen
Führern ist unerschütterlich.

Abg. Freiherr v. Camp (D. Fr.): Auch wir bedauern die
Einschränkung des Ausschusses, die wir nicht für nützlich halten.
Der Vorredner irrt: nicht die Gewerkschaften sind schuld an
den die Landwirtschaft bedrückenden Verfügungen, sondern
die Bürokratie. Ein Weltkrieg ist nicht die Zeit, um die Rechte
des Parlaments zu erweitern. Es liegt im deutschen Interesse,
daß die Handlungen nicht in schwache Hände geraten. Die
Autonomie Ost- und Westpreußens würde die Schwierigkeiten noch
vermehrten. Bei Schaffung eines Völkerbundes würde es
schwer sein, unparteiische Sachverständige für Streitfälle zu
finden. Die enge Verbindung der politischen und militärischen
Reitung ist eine dringende Notwendigkeit. Hinsichtlich der
Wahlrechtsfrage haben die Gegenseite eine Milderung er-
fahren. Die deutsche Kraft wird uns auch über die gegen-
wärtige Lage hinwegheben.

Der Reichskanzler für die besetzten Gebiete des Ostens
v. Falkenhayn nahm das Wort und verteidigte die in
den besetzten Gebieten betriebene Politik. Er betonte, daß es
lituanischen Staatsangehörigen verboten worden sei, mit
Reichstagsabgeordneten in Verbindung zu treten.

Abg. Ledebour (N. Soz.) forderte den sofortigen Zu-
sammentritt des Reichstages. Nun vertrat sich der Haupt-
ausschuss auf den späten Nachmittag, wo eine vertrauliche
Sitzung stattfindet. Die Einladungen hierzu sind vom Staats-
sekretär des Auswärtigen Amtes ausgegangen. Ferner hat
auch das Reichsmarineamt zwei Mitglieder des Hauptaus-
schusses zu einer Besprechung gebeten.

Der Erlaß des preussischen Kriegsministers.

In dem von verschiedenen Rednern im Hauptausschuss
des Reichstages so heftig bekämpften Erlaß des preussischen
Kriegsministers an die Minister des Innern der Einzelstaaten
den der Abg. Groeber vorlas, heißt es u. a.:

Die Zentralstelle für Völkerrecht und die deutsche Friedens-
gesellschaft entwickeln wieder eine große Propagandatätigkeit.
Von beiden Stellen sind Aufforderungen an die Ausschuss-
mitglieder, Ortsgruppen und Vertrauenspersonen ergangen,
in möglichst vielen Versammlungen für einen Verständigungs-
frieden im Sinne der Reichstagsentscheidung vom 19. Juli 1917
einzutreten. Die Tagesordnung soll einheitlich lauten: Welchen
Frieden braucht unser Volk? Ebenso ist für die in den Ver-
sammlungen einbringende Entscheidung ein gleichlautender
Text herausgegeben worden. Zur Gewinnung von Rednern
bietet die Deutsche Friedensgesellschaft unter Herausgabe einer
Rednerliste mit Themenangaben die Vermittlung ihres Sekre-
tariats an. Die vorgeschriebene Bewegung ist ein neuerlicher
Ausfluß der unerwünschten Propaganda für den internatio-
nalen Pazifismus. Unter Hinweis auf meinen Erlaß vom
7. November 1915 erlaube ich, die Abhaltung der in Aussicht
stehenden Versammlungen und Reden zu verhindern.
gez. v. Stein.

Wie bekanntgeworden ist, hat der bayerische Minister des
Innern diesem Erlaß nicht stattgegeben.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* In den letzten Tagen wollte der Kaiser in Kiel.
In einer Ansprache an sämtliche Truppenteile der Garnison
erinnerte der Monarch an Coronel und Skagerrak, sowie
an die tapferen Vorkämpfer unserer Torpedoboote gegen die
feindlichen Küsten, die bewiesen hätten, welcher Geist in
der Flotte herrsche. Die Ruhmestaten der Flotte seien
denen unserer Armeen gleichwertig. Der Kaiser über-
brachte sodann die Grüße der an der Westfront kämpfenden

Kameraden und forderte zum Schluß auf, daran zu sorgen,
den U-Boot-Krieg in voller Wirksamkeit zu erhalten, damit
den Truppen an Land auch weiterhin geholfen werde, den
schweren Kampf mit Erfolg durchzuführen. Im Anschluß
an den Kieler Besuch besichtigte der Kaiser die U-Boot-
Schule in Eckernförde.

* In einer Entschließung des allgemeinen deutschen
Genossenschaftsverbandes heißt es: „Der Verband ruft
die ihm angeschlossenen Genossenschaften auf, ihre in acht
Kriegsanleihen bewährte finanzielle Macht auch für die
9. Kriegsanleihe in den Dienst des Vaterlandes zu stellen.
Dem durch vorübergehende Erfolge übermäßig gewordenen
Feinde muß wiederum gezeigt werden, daß das deutsche
Volk in ungeschwächter wirtschaftlicher Kraft den un-
bezwingbaren Willen hat, dem Vaterlande zu geben, was
es braucht, um den ihm aufgezwungenen Kampf zum sie-
genden Ende zu führen. Die deutschen Seere befehligen
im stahlharten Kampf Haus und Herd, Weib und Kind
und haben Anspruch darauf, in der Heimat einen gleich
starken wirtschaftlichen Schutz hinter sich zu wissen. Die
Schuldenlastigen Genossenschaften werden wiederum ihre
Schuldigkeit tun.“

Frankreich.

* Die heimgekehrten Teilnehmer an der Londoner
Sozialistenkonferenz sind sehr entrüstet, daß Clemenceau
Seniur alle ihre Berichte unterdrückt hat. „Populaire“
schreibt: „Der Eindruck, den man nach Schluß der Be-
ratungen hat, ist der, daß künftig jede ähnliche Konferenz
unmöglich geworden ist. Eine Konferenz mit nicht-
sozialistischen Elementen und besonders mit den anti-
sozialistischen amerikanischen Arbeiterdelegierten, die durch
ihre Zahl die echten Sozialisten unterdrücken und Aus-
sagen und Entscheidungen fällen, kann in Zukunft
nicht mehr stattfinden.“ „Unser englischen Kameraden er-
klären, es sei nötig, die sozialistischen Vorkämpfer vor
derart zusammengewürfelten Konferenzen zu warnen.“

Dolland.

* Zu dem Verbot der Ausfuhr von Lebensmitteln,
das die Regierung erlassen hat, schreibt das „Vaterland“:
„Dieser Bericht muß sowohl eingeschränkt wie ergänzt
werden, eingeschränkt insofern, als die Ausfuhr, zu der
unser Land vertraglich verpflichtet ist, weitergeht, ergänzt
als alle übrige Ausfuhr, nicht nur die, die mit der Volks-
ernährung in Zusammenhang steht, vorläufig verboten ist.“
Die Nachricht, daß die Einfuhr von Rohseide aus Deutsch-
land seit Mittwoch verboten ist, ist nur teilweise richtig.

Rußland.

* Die Beziehungen zwischen Rußland und den
Verbandsstaaten gestalten sich immer schwieriger. Die
Sowjetregierung hat beschlossen, alle englischen und fran-
zösischen Konsulatsbeamten zu internieren. Da sich einige
von ihnen, die auch an der Verschwörung beteiligt waren,
in dem unter norwegischer Flagge stehenden amerikanischen
Konsulatsgebäude verborgen haben, hat die Sowjetregierung,
um die norwegische Flagge nicht zu verlegen, das Gebäude
mit einer Postenkette umgeben, bis sich die Verborgenen
freiwillig melden. Sie sollen interniert werden.

Türkei.

* In der Antwort der türkischen Regierung
Graf Barons Friedensnote heißt es u. a.: „Die türkische
Regierung spricht den Wunsch aus, daß dieser neuerliche
von der österreichisch-ungarischen Regierung unternommene,
von hohem Menschlichkeitsgefühl und aufrichtigem Ver-
ständnisgehalt eingeleitete Schritt zur Vorbereitung des
Bodens für einen gerechten und dauerhaften, die ganze
Welt umfassenden Frieden bei unseren Gegnern die besten
friedlichen Dispositionen finde. Der Unterzeichnete hat
die Ehre, im Namen der kaiserlichen Regierung zu er-
klären, daß die hohe Flotte bereit ist, an dem vorge-
schlagenen Bedenkentausch teilzunehmen.“

Aus In- und Ausland.

Berlin, 26. Sept. Der Vertreter der polnischen Regie-
rung, Graf Bonikier ist aus Warschau hier wieder ein-
getroffen.

Frankfurt a. M., 26. Sept. Nach der Frankf. Stg. be-
steht in politischen Kreisen die Anschauung, daß die Mehrheit
für eine Regierungsreform im nächsten Begriffen ist.

London, 26. Sept. Der amerikanische Arbeiterführer
Gompers hatte mit der amerikanischen Arbeitermission eine
einstündige Audienz beim englischen Königspaar.

Genf, 26. Sept. Der Kongress der unterdrückten
Nationen soll am 15. Oktober in Paris stattfinden. Teil-
nehmen werden Tschecho-Slowaken, Südslaven, Rumänen
und Polen.

Die Schlacht im Westen.

Mitteilungen des Russischen Telegraphen-Bureaus.
Großes Hauptquartier, 26. September.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Vorfeldkämpfe
in der Vos-Niederung, nördlich vom La Bassée-Kanal und
bei Moeuvres.

Geeresgruppe Bochn.
Bestigtem Feuer des Feindes südlich von Specht und bei Bellecourt folgten nur Teilbörse, die abgewiesen wurden.

Zwischen dem Omignon-Bach und der Somme setzte der Feind seine Angriffe fort. Der erste Ansturm brach in dem zusammengefassten Feuer unserer Artillerie und Infanterie zusammen. Das Schwerkriegsgerät der am Vormittage mehrfach wiederholten Angriffe richtete sich gegen die Höhe zwischen Bontruet und Gricourt. Vorübergehend sagte der Feind auf ihr Fuß; im Gegenstoß nahmen wir sie wieder.

Am Nachmittage setzte der Franzose zwischen Francilly und der Somme erneut zu starken Angriffen an, die bis auf kleine Einbruchstellen abgewiesen wurden. Wir machten hier in den beiden letzten Tagen mehr als 200 Gefangene.

Geeresgruppe Deutscher Kronprinz.
Bei östlicher Angriffsunternehmung südlich von Alenmant (zwischen Allette und Aldue) machten wir Gefangene.

Nördlich von Bailly schlugen wir Teilangriffe des Gegners ab.

Geeresgruppe Herzog Albrecht.
Schlich der Mosel wurde ein Teilangriff des Feindes abgewiesen.

Die dort kämpfenden Truppen der 31. Landwehr-Brigade nahmen im Gegenstoß 50 Franzosen und Amerikaner gefangen.

Aus feindlichen Geschwadern, die Frankfurt am Main und Kassel angriffen, wurden 7 Flugzeuge abgeschossen.

Der 7te Generalquartiermeister Budendorff.

Gefinnungen sind wohlfeil —
Worte erschüttern nur die Luft;
Erst die Tat zeigt den Wert!
Deine Tat sei die „Neunte“!

Abendbericht.

WTB Berlin, 26. Sept. (Amtlich.)

In der Champagne und zwischen Argonnen und der Maas haben auf breiter Front französische-amerikanische Angriffe nach eifriger Feuertätigkeit begonnen. Der Durchbruch des Feindes ist vereitelt. Der Kampf um unsere Stellungen dauert an.

Die deutsche Westfront unerschüttert.

Der militärische Mitarbeiter des „Völkischen Beobachters“ stellt fest, daß die Offensive der Alliierten im Westen zu keinem entscheidenden Ergebnis gelangt ist. Die Deutschen hätten außer dem unwichtigen Vorstoß von St. Mihiel noch keinen bedeutenden Punkt der alten Westfront aufgegeben, vielmehr zwischen Vill und Verron an der Front in der Champagne-Maas noch erobertes Gelände im Besitz. Der Militärkritiker schreibt im übrigen zu den Plänen Fochs: Je höher man den französischen Feldherrn einschätzt, der eine Fülle von Kampfmitteln aufwendet, um, wenn möglich, noch vor November zu entscheidenden Ergebnissen zu gelangen, desto eher wird man zu der Einsicht kommen, daß er auch in Flandern, in der Champagne und an der Rotbringer Front zu Operationen großen Stiles schreitet. Er kann seine siegreich aufstrebende Gegenoffensive, die den größten strategischen Aufwand, den die Deutschen an der Westfront je unternommen haben, in sich vereint, nicht totlaufen lassen oder stilllegen, ohne daß äußerster Anstrengung zu haben, um die deutsche Westfront auf der ganzen Front von Flandern bis in den Sundgau unerschüttert.

Im englischen Sperrgebiet und im Atlantik.
Wieder 26 000 Tonnen versenkt.
Berlin, 26. September.

Amtlich wird gemeldet: Im Sperrgebiet um England und im Atlantik versenkten unsere U-Boote 26 000 Br. Reg.-T.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.
Allen amerikanischen Versicherungsmeldungen zum Trost macht sich die gesteigerte Tätigkeit deutscher U-Boote an der amerikanischen Küste doch recht deutlich bemerkbar. Die Versicherungsprämien sind gewaltig in die Höhe gegangen; welchen Einfluß dies auf die Kosten der Versorgung der europäischen Entente-Länder hat, ist ohne weiteres klar. Wie groß die Steigerung der Versicherungsprämien ist, geht aus einer Meldung des „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ vom 12. 9. hervor, nach der infolge der U-Boot-Gefahr an der amerikanischen Küste und der dadurch bedingten Steigerung der Versicherungsprämien der Kontinente weltindischen Maildienst seine Frachtrate um 100 % erhöht hat. Diese Schiffsfahrtslinie unterhielt im Frieden einen regelmäßigen Dienst von Amsterdam über Surinam und die Antillen nach New York; zurzeit ist nur die Strecke Paramaribo-New York in Betrieb.

England und die deutschen Kolonien.

Reuter meldet: Die Erhebungen, die an maßgebenden Stellen vorgenommen wurden, zeigen, daß diejenigen, die am ehesten in der Lage sind, sich eine Meinung zu bilden, nicht im geringsten daran zweifeln, daß Deutschland, wenn es seine Kolonien zurückbekäme, sie als Unterseebootstationen verwenden würde, die eine Bedrohung für den Handel aller Nationen darstellen würden. Die Eroberung einiger Kolonien, z. B. Ostafrika und Südwestafrika, war eine außerordentlich schwierige Aufgabe. Wenn Deutschland sie zurückbekäme, könnte es sie zu Lande und zur See so besetzen, daß sie nahezu uneinnehmbar wären. Man muß in diesem Zusammenhang an die außerordentliche Vergrößerung der U-Boote denken. Unterseeboote vom veränderten Deutschlandstyp haben einen Aktionsradius von ungefähr 30 000 Kilometern und der neueste Kreuzer-

typ sogar von 50 000 Kilometern. Ein Aktionsradius von 15 000 Kilometern aber würde genügen, um ernstlich auf alle Handelswege der Welt tödend einzuwirken.
Die U-Boot-Furcht soll auch hier die englische Flotte und vor allem Englands Flaubier unterstützen.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 26. Sept. Generaloberst v. Heeringen wurde unter Befehlsetzung à la suite des Infanterieregiments Nr. 80 zum Chef des Kolonialregiments Grenadierregiments Graf Snelkenau (2. Kommando) Nr. 9 ernannt.

Amsterd., 26. Sept. In Bremen ist ein englisches Flugzeug gelandet. Die beiden Insassen wurden interniert.

Nah und Fern.

3. Kgl. Schöffengericht Hachenburg (Sitzung vom 25. 9. 18.) Die erste Strafsache mußte vertagt werden, da der Angeklagte nicht erschienen war. — Wegen Entwendung eines Portemonnaies mit 25 M. Inhalt wurde der Jugendliche Karl J. aus Dillingen zu 2 Jahren Gefängnis kostenpflichtig verurteilt. — Der Viehhändler Daniel A. von Hachenburg sollte zwei Stück Rindvieh ohne Ausfuhrbewilligung aus dem Oberwestfälischen Kreis nach Westfalen ausgeführt haben. Wegen den ihm daraufhin zugestellten gerichtlichen Strafbefehl über 75 M. legte er Berufung ein mit dem Gesuch, daß ihn das Gericht freisprache unter Nebenbedingung der Kosten auf die Staatskasse. — Die Verhandlung gegen den Bandwirt Wilhelm Sch. von Niederndorff wegen Getreideversteigerung wurde zwecks weiterer Aufklärung vertagt. — Wegen Kohlenverkaufs ohne Bezugsscheine war dem Kohlenhändler Ludwig M. von Rost ein Strafbefehl über 60 M. zugestellt worden. Die von dem Beschuldigten dagegen eingelegte Berufung war erfolglos; das Gericht erkannte ebenfalls auf eine Geldstrafe von 60 M., hilfsweise für 5 M. 1 Tag Gefängnis und Kostenverurteilung. — Wegen unberechtigten Viehkaufs sollte der Metzger Julius B. von Oberingelbach laut gerichtlichen Strafbefehl 400 M. zahlen, wogegen der Beschuldigte richterliche Entscheidung beantragte. Das Gericht sah die Verurteilung wesentlich milder an und erkannte auf 100 M. Geldstrafe oder für je 5 M. 1 Tag Gefängnis und Erstattung der Kosten. — Der Jugendliche G. Sch. von Marzhausen, der wegen Körperverletzung angeklagt war, erzielte Freisprechung, ebenso der jugendliche Fabrikarbeiter Alfons S. von Wülfenbach. — In zwei Forstdiebstahlsfällen war niemand erschienen.

Neunte Kriegsanleihe und Einlösung von Anleihe-Zinscheinen bei der Post. Zeichnungen auf die neunte Kriegsanleihe nehmen vom 23. September bis 23. Oktober auch alle Postanstalten entgegen. Die Zeichnungsbedingungen mit dem Zeichnungsschein, in den nur der gewünschte Betrag und die Unterschrift einzurufen sind, werden an jedem Postschalter verabfolgt. Um die Einlösung der Kriegsanleihezinscheine zu erleichtern, nehmen alle Postanstalten, die Landbriefträger und die Posthilfsstelleninhaber solche Zinscheine einschließlich der Zinscheine zu den während des Krieges ausgegebenen Reichsschatzanweisungen vom 21. des dem Fälligkeitstage vorhergehenden Monats ab in Zahlung oder tauschen sie gegen bar um. Die am 1. Oktober fälligen Zinscheine werden also schon jetzt eingelöst.

Für die 9. Kriegsanleihe zeichnen: 8 Millionen: Städtische Sparkasse in Neukölln, Bergmann Elektrizitätswerke A.-G. in Berlin; 5 Millionen: Stadtverwaltung Cassel; 3 Millionen: Kommerzienrat Mandelbaum, Berlin; 1 1/2 Millionen: Maschinenbau-Anstalt und Eisenwerkerei vorm. Th. Höfner A.-G. in Gießen; 1 Million: Seidenweberei Michels u. Co. in Berlin, Chemische Fabrik vorm. Goldenberg, Geronomont u. Co. in Wiesbaden, Glaskasse für Post- und Telegraphenbeamte in Berlin, Dürkop-Werke A.-G. in Bielefeld, J. Goldfarb in Breussisch-Stargard.

Im Telegrammverkehr nach Österreich und Luxemburg gelten vom 1. Oktober an dieselben Wortgebühren wie im innerdeutschen Verkehr, d. h. 8 Pfennig für das Wort mit einer Mindestgebühr von 65 Pfennig. Im Telegrammverkehr nach Ungarn und Bosnien-Herzegowina beträgt die Wortgebühr vom gleichen Zeitpunkt ab 10 Pfennig mit einer Mindestgebühr von 85 Pfennig. Im Verkehr mit Ungarn wird infolge besonderer Verhältnisse in diesem Lande das Höchstgewicht der Briefe vorübergehend auf 250 Gramm beschränkt.

30 Mark Wochenverdienst für laubbäumende Schüler. Die Schüler der Knabenpflanzschule in Langensalza haben in der Zeit vom 7. Juni bis 14. September d. J. 1503 Bäume Laub gesammelt und dafür insgesamt 922,43 Mark Sammellohn ausgezahlt erhalten. Viele von ihnen hatten einen wöchentlichen Verdienst von 15 bis 25 Mark. Besonders fleißige Sammler brachten es sogar auf einen Wochenlohn von über 30 Mark.

Kaiser Wilhelm gegen Fremdliebe. In den Gesamtansatz des Deutschen Bundes zur Bekämpfung fremden und zur Förderung deutscher Lebens zu Stuttgart ging ein als Antwort auf eine Mitteilung über die Ziele des Bundes im Auftrag des Kaisers abgefaßtes Schreiben ein, in dem es heißt: „Nach der Auffassung Seiner Majestät gehört die Vorliebe mancher Kreise unseres Volkes für fremdländisches Wesen zu den bedauerlichsten und beschämendsten Folgen unserer geschichtlichen Entwicklung aus der Zeit vor Gründung des Reiches. Unter dem Eindruck unserer einzigartigen Kriegserfolge in der Heimat und der Welt, wie der ungeheuren Erfolge, die das Ergebnis von vier Kriegsjahren bilden, begrüßen Seine Majestät deshalb mit doppelter Freude alle Bestrebungen, die der Beseitigung dieser Schwäche dienen.“

Der Poststempel für die Kriegsanleihe. Die bayerische Post hat die Stempel für die Entwertung der Marken in den Dienst der Kriegsanleihepropaganda gestellt. Die Markenentwertungstempel, die den Briefumschlag der Länge nach überlaufen, tragen eingedrückt die Worte „Gut liegen! Zeichne Kriegsanleihe!“

Vergiftungen mit Pferdefleisch. Die in bedenklicher Weise an die kirchlichen traurigen Vorfälle in Camen erinnern, sind nun auch in Schwelm vor gekommen. Dort sind eine große Anzahl Personen, vielfach ganze Familien, plötzlich unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Als Ursache ermittelt wurde der Genuß von Fleisch eines im Schwelmener Schlachthof notgeschlachteten Pferdes. Zwei Kinder sind gestorben.

Reiseprüfung eines Kriegsblinden. An der Dreikönigsschule zu Dresden bestand nach schriftlicher und mündlicher Prüfung ein Kriegsblinder J. Br. die Kriegsreiseprüfung. Er hatte die Schule als Kriegsfreiwilliger seinerzeit mit der Reise für Obersekunda verlassen, so daß er in der kurzen Zeit von etwa 14 Monaten den Lehrstoff von drei Klassen bewältigte. Er will Volkswirtschaft studieren.

Der verjagte Reichskontrolleur. In Mülheim ist ein von der Reichsgetreidekasse entsandter Reichskontrolleur vor der Mühle von fast der gesamten Bevölkerung, etwa 500 Menschen, mit Steinen, Scherben und Messern empfangen worden. Der Reichskontrolleur wurde von den Bauern erzwungen, die Mühle zu verlassen. Der Reichskontrolleur mußte unvollständiger Dinge wieder abziehen.

Eine neue Schwindelindustrie hat sich in Berlin ausbreiten. Möbel und Haushaltsgegenstände sind besonders im Werte gestiegen. Das machen sich die Gauner zu nütze und richten sich als Fuhrunternehmer an, die sich zur Übernahme von Fuhrn billig anbieten. Der letzter Zeit ist nun wiederholt festgestellt worden, daß gewöhnliche Diebe im Einvernehmen mit Schwindlern, die von vornherein eingeweiht sind, die Wohnungseinrichtungen abholten und damit verschwand. Einzelne Familien haben auf diese Weise ihren ganzen Hausrat verloren.

Helsingfors, Helsingborg, Helsingör. Die Schamer Kinder der Post sind infolge unserer neuen Beziehungen in Osten vermehrt worden. Die Orte Helsingborg in Schweden, Helsingfors in Finnland und Helsingör in Dänemark werden vielfach miteinander verwechselt. Das Reichspostamt muß deshalb genötigt, die Postämter auf die richtige Lesart der Sendungen nach diesen Orten hinzuweisen. Auch die Absender dürfte es sich empfehlen, die nötigen Zusätze zu den drei Namen nicht zu vergessen.

Deutscher Schulinspektor für die Türkei. Der Unterrichtsminister Dr. Rasch hat dem Geheimrat Schmidt die gesamte Schulinspektion in der Türkei übertragen. Auch die bisher unabhängige Generaldirektion der Schulinspektionen einschließlich der vier Reichsschulinspektoren sind Geheimrat Schmidt unterstellt worden.

Seuchen in ganz Frankreich. Die in der Schweiz eingeschleppten französischen Seuchen geben zu, daß die sogenannte spanische Grippe in ganz Frankreich herrscht und einen sehr ernsten Charakter angenommen hat. In den südlichen Stadtteilen von Paris selbst tritt die Krankheit als eine Grippe auf, und der Polizeipräsident verfügt eingehende Anweisungen, um die Verbreitung zu verhindern. Die Ärzte kennzeichnen die Krankheit als eine choleraartige Epidemie.

Bunte Tages-Chronik.

Berlin, 26. Sept. Gestern abend wurde die 82 Jahre alte Frau Helene Meyer in ihrer Wohnung in Schöneberg aufgefunden. Sie ist vor mehreren Tagen durch Erwärmen getötet worden und zwar vermutlich von ihrem Mann, dem 35 Jahre alten Arbeiter Franz Meyer, der flüchtig ist.

Emmerich, 26. Sept. Vier wurden auf einem aus Döhlen gekommenen Rheinschiff Schmutzwasser, die zum Verkauf in Deutschland bestimmt waren, im Werte von 400 000 Mark beschlagnahmt.

Dresden, 26. Sept. Der vortragende Rat im sächsischen Finanzministerium, Geheimrat Justizrat Dr. Otto Rönne, wurde durch einen Unfall in den Bergen bei Oberdorf tödlich verunglückt. Seine Leiche konnte noch nicht gefunden werden.

Warschau, 26. Sept. Großfeuer vernichtete den hiesigen städtischen Müllspeicher der Firma Wolszky & Kucharski. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Mark. Da die Versicherungsmittel erschöpft sind, ist der Inhaber der Firma verurteilt worden, die Kosten zu zahlen.

Genf, 26. Sept. Die Neulinger Tabakfabrik, die in der Gegend der Pariser Umgebung, ist vollständig abgebrannt.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich: Theodor Kirchhäbel in Hachenburg.

Diejenigen Personen, welche im Laufe des Kalenderjahres das Gewerbe im Umherziehen betreiben wollen, haben bis spätestens zum 15. Oktober d. J. bei der unterzeichneten Behörde zwecks Erlangung des erforderlichen Gewerbebescheides zu beantragen. Die Hausgewerbetreibenden werden darauf aufmerksam gemacht, daß dieselben nur bei Einhaltung dieses Termins mit Sicherheit rechnen können, daß die von ihnen beantragten Gewerbebescheide bis spätestens zum 1. Januar d. J. bei der Stadtkasse zur Verfügung liegen, während bei späterer Antragstellung infolge der Anzahl der auszufertigenden Bescheide die Fertigstellung derselben zu dem gedachten Termine sich erfahrungsgemäß in den meisten Fällen nicht ermöglichen läßt.

Hachenburg, den 24. 9. 1918. Die Polizeiverwaltung. Der Bürgermeister: Strempel.

Butterverkauf.
Am Samstag, den 28. September, bei der Firma Otto 1-2 Uhr nachm. an Inhaber der Fettkarte mit Nr. 1-125 2-3 " " " " " " 126-250 3-4 " " " " " " 251-375 4-5 " " " " " " 376-500
Hachenburg, den 27. 9. 1918. Der Bürgermeister.

Grundstücks-Verpachtung.
Am Samstag, den 28. d. Mts. nachmittags um 2 Uhr findet im städtischen Schulhose die Verpachtung folgender Grundstücke auf die Dauer von 5 Jahren statt:
Rartenbl. 49 Parz. 5473 Acker vor der Ziegelhütte, 2. 50 5553 „ Klenfelberg 2. 50 5584 „ „ 4. 50 5585 „ „ 4. 26 3376 „ obere Holzbach 3. 26 3377 „ „ 3. 35 569 Wiese „ Schildeswiese 1. 35 570 „ „ 1. 35 571 „ „ 1. 15 1677 „ am Glodenfeld 2. 15 1754 „ unter der Mehlenhede 2. 15 1755 „ „ 2. 49 5501 Acker „ Fahrenweh 1. 49 5518 „ „ 3. 49 5508 „ „ 2. 49 5507 „ „ 2.
Die Bedingungen werden bei der Verpachtung bekanntgegeben. Die Genehmigung des Magistrats bleibt im Einzelnen, wie im Ganzen vorbehalten.
Hachenburg, den 24. 9. 1918. Der Magistrat.

Verpachtung.
Samstag den 28., abends 8 1/2 Uhr werden Grundstücke der Geschwister Müller, in der marlung Altstadt und auf dem Gleichen liegend, im Haus Bohmrich in Altstadt auf 4 Jahre verpachtet.
Carl Müller.

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Vieh- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzl in Hachenburg.

227

Bezugspreis: vierteljährlich 2 70 M.,
monatlich 90 Pfg. mit Belegheft; durch die
Post 2,55 M. bezw. 85 Pfg. ohne Belegheft.

Während des Krieges müssen die Freilagen wegfallen.

Hachenburg, Freitag den 27. September 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechsgezeigte Zeile oder deren
Raum 20 Pfg., die Restzeile 60 Pfg.

10. Jahrg.

Reichskanzler über Zensur und Versammlungsrecht.

Äußere Verhandlungen des Hauptauschusses.

22. Berlin, 26. September

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung des Reichs-
hauptausschusses nahm der Reichskanzler Graf Hertling
zu folgenden Erklärungen:

„Die Beschlüsse, die gestern von allen Rednern gegen
die Zensur und des Vereins- und Versamm-
lungsrecht geltend gemacht sind, müssen von mir zu einem
Umfange als begründet anerkannt werden. Wenn
man in gewissen Korpsbezirken Verbote erlassen hat,
so sind diese Verbote in der Hauptsache durch die
Versammlungen nicht über die Wahlrechtsvorlage ge-
hen werden darf — und zwar weder von Freunden, noch
von Gegnern der Vorlage —, so ist das ein nicht haltbarer
Stand. Der übrige Teil der Vorlage ist durch einen Erlaß des
Reichskanzlers beseitigt. Nach der Lage der
Sache und der zu ihrer Ausführung ergangenen Ver-
fügungen sind der Reichskanzler und die obersten Zivil-
behörden der Bundesstaaten zurzeit nur in der Lage, durch
Ankündigungen und Darlegungen ihrer Auffassung eine Ein-
wirkung auf die

Entscheidung allein befugten militärischen Stellen

zu üben. Ist vom Abg. Fischel anerkannt worden, daß in
den von Korpsbezirken berechtigten Klagen über un-
gerechtes Verbot des Vereins- und Versammlungsrechts
keine Verhältnisse vorliegen, während es andere Korps-
bezirke, in denen fortgesetzt bei jedem Zusammenritt des
Hauptauschusses Klagen vorgetragen werden, deren Be-
zug zum Teil auch von mir anerkannt werden muß.
Die materiellen Verhältnisse, die das Verbot der Versam-
lungen in Deutschland ebenbürtig gerichtet werden,
sind in den anderen kriegführenden Staaten, ja sogar in
neutralen Ländern auf Grund älterer oder der für den
Krieg besonders erlassenen Gesetze geschieht. Der Krieg
ist mit sich, daß den Behörden außerordentliche Voll-
macht gegeben ist.

Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung

werden müssen. Dagegen habe ich mich unter dem
Einfluß besonders empfindlicher Vorurteile der
Zeit davon überzeugt, daß bei der langen Dauer des
Krieges in der Handhabung dieser außerordentlichen Voll-
macht auf dem Gebiete der Zensur und des Vereins- und
Versammlungsrechts wesentliche Änderungen eintreten müssen.
In die Erwägung der verschiedenen Wege eingetreten,
welche Ziele führen können. An sich erscheinen wohl als
möglichst folgende:

Ein Eingriff der Kommandogewalt, durch die die Zu-
sammenkünfte der Militärbehörden entsprechend eingeschränkt
werden, oder eine Änderung der bestehenden Gesetzgebung in
Richtung, daß die den militärischen Instanzen seither
angewiesenen Aufgaben je nach deren Charakter
diesen und den in Friedenszeiten berufenen bürger-
lichen Behörden gestellt werden, oder endlich die Ein-
führung ausreichender bürgerlicher Elemente in die militä-
rische Entscheidung berufenen militärischen Stellen.

Ein selbstverständliches nicht in der Lage, heute anzu-
nehmen, daß hier angebotenen einschlägigen Wege
zum Ziele führt. Seien Sie aber versichert, daß
unser nächster Zusammenritt im November eine
den berechtigten Klagen entsprechende Änderung

wege geleitet sein wird, und daß uns und dem Volke
wegen, wie sie bisher unsere Zeit und Kraft so vielfach
genutzt haben, künftig erspart bleiben werden.
Ich bin durchaus nicht willens bin, mich berechnen
zu verschließen. Im Gegenteil, ich werde mit
Entschiedenheit dahin wirken, daß diese berechtigten Be-
klagen aus dem Wege geräumt werden. Nun aber, meine
Frage ist auch Sie nunmehr.

alles Trennende zurückstellen

Einigende voranzutreiben. Wie ich schon vorgestern
sagte: Wir haben doch alle nur das eine Ziel und das
einfache: den Schutz des Vaterlandes, seine Unabhängig-
keit, seine Entwicklungsfähigkeit. Dieses Ziel können wir
erreichen, wenn wir auch im Innern fest und ein-
trächtig zusammenstehen; dann aber werden wir es erreichen.

Fortsetzung der Aussprache.

West. Westarp (Konf.): Bestimmtheit und Kleinmut
das berechnete Maß weit hinaus. In landwirt-
schaftlichen Kreisen beruht die Bestimmtheit auf der Zwangs-
macht, die nach dem Diktat der Gewerkschaften geführt
wird. Die Durchführungen fehlt jeder Rechtschutz, und
die Erregung der landwirtschaftlichen Kreise nicht
zu lassen. Die jetzige Tagung des Hauptauschusses ist
einmalig, eine Besserung in der politischen Lage
zu erwarten. Ich habe erst durch die Presse von
Ihrem Entschluß erfahren, den Hauptauschuss einzu-
schränken, hätte ich Widerspruch erhoben. Die Presse
hat die den Eindruck einer Regierungskrise
gemacht. Das mußte nach außen schädlich wirken. Es
steht um das Bestehen einer Fortsetzung der De-
batte und der Parlamentarisierung. Unsere Feinde
aus dem Ausland haben das aus nabellegenden Gründen,
das aus nabellegenden Gründen, daß die jetzige Stunde dazu
nicht reif ist. Nach unserer Meinung wirkt

Während nach Demokratisierung Kriegsverlängerung.
Die Sozialdemokratie dazu, für ihren Eintritt in
die Regierung Bedingungen zu stellen? Wer hat sie denn
gefordert? Darüber müssen wir Auskunft erhalten.

In anderen Ländern verfährt die Sozialdemokratie anders.
Dort stellt sie ihre Forderungen zurück. Bei uns aber
bleibt der Weizen unserer Sozialdemokratie, wenn es dem
Vaterlande schlecht geht.

Der Kern der ganzen Bestrebungen ist, daß die Re-
gierungsgewalt an einen parlamentarischen Vollzugsausschuss
übergeben soll. Dem soll zunächst die Aufhebung des Art. 9
der Reichsverfassung dienen. Würde der Artikel aufgehoben
werden, so würden die Verbündeten Regierungen die Re-
gierungsgewalt zugunsten einer Parlamentarität verlieren.
In gleicher Richtung liegt der Kampf gegen die sog. Neben-
regierung, d. h. die Oberste Seeresleitung. Verfassungsgemäß
hat der Reichskanzler die Regierung zu führen. Der Erlaß
des Kriegsministers richtet sich nicht gegen die Friedens-
entscheidung des Reichstages, sondern gegen die verfassungsmäßige
Propaganda, und deshalb ist die Empfindlichkeit unveränd-
lich. Wir lehnen grundsätzlich die Parlamentarisierung ab.
Nedner bezieht die verschiedenen Friedensangebote und
Reden der letzten Zeit. Wir halten hinsichtlich

Belgien und einer Kriegsschädigung

an unserer bisherigen Stellungnahme fest. Nach unserer
Meinung handelt es sich da um Staatsnotwendigkeiten.
Belgien darf nicht ein Raub unserer Feinde werden. Es ist
sehr bedenklich, leicht die Entschädigungsfrage für Belaien auf-
zuwerfen. Die Ausführungen des Reichskanzlers über den
Niederländer waren in formaler und materieller Beziehung
durchschlagend. Ein Schritt auf der schiefen Ebene ist auch
die Forderung einer Autonomie für Belgien. Auch das
würde ein Entgegenkommen gegen die Wünsche des Aus-
landes. Graf v. Westarp hält nichts von der Idee eines
Völkerbundes. Wir müssen faktisch und entschlossen zu-
sammensetzen.

auf die Einheit kommt jetzt alles an.

Nicht geht es nicht um einzelne Kriegsschritte, sondern um den
Schutz von Heimat und Volk. Darin aber sind wir alle
einig. Schüttern muß die volle Souveränität, die sowohl in
den Tatsachen wie in den Willküren, die wir erhalten
haben, begründet ist. Wir können den Verteidigungskrieg
erfolgreich weiterführen. Das Vertrauen zum Volk und zu seinen
Führern ist unerschütterlich.

Abg. Freiherr v. Gumb (D. Fr.): Auch wir bedauern die
Einberufung des Ausschusses, die wir nicht für nützlich halten.
Der Vorredner tritt nicht die Gewerkschaften und auch an
den die Landwirtschaft bedrückenden Verfassungen, sondern
die Bürokratie. Ein Weltkrieg ist nicht die Zeit, um die Rechte
des Parlamentes zu erweitern. Es liegt im deutschen Interesse,
daß die Reichsregierung nicht in schwache Hände gerät. Die
Nationalökonomie des Reiches würde die Schwierigkeiten noch
vermehrten. Bei Schaffung eines Völkerbundes würde es
schwer sein, unparteiische Sachverständige für Streitfälle zu
finden. Die enge Verbindung der politischen und militärischen
Leitung ist eine dringende Notwendigkeit. Hinsichtlich der
Wahlrechtsfrage haben die Gegenstände eine Milderung er-
fahren. Die deutsche Kraft wird uns auch über die gegen-
wärtige Lage hinweghelfen.

Der Reichskommisär für die besetzten Gebiete des Ostens
v. Falkenhayn nahm nun das Wort und verteidigte die in
den besetzten Gebieten betriebene Politik. Er bestritt, daß es
litauischen Staatsangehörigen verboten worden sei, mit
Reichstagsabgeordneten in Verbindung zu treten.

Abg. Ledebour (N. Soz.) forderte den sofortigen Zu-
sammenritt des Reichstages. Nun verrät sich der Haupt-
auschuss auf den letzten Nachmittags, wo eine vertrauliche
Sitzung stattfindet. Die Einladungen hierzu sind vom Staats-
sekretär des Auswärtigen Amtes ausgegangen. Ferner hat
auch das Reichsmarineamt zwei Mitglieder des Hauptaus-
schusses zu einer Besprechung gebeten.

Der Erlaß des preussischen Kriegsministers.

In dem von verschiedenen Rednern im Hauptauschuss
des Reichstages so heftig bekämpften Erlaß des preussischen
Kriegsministers an die Minister des Innern der Einzelstaaten
den der Abg. Groeber vorlas, heißt es u. a.:

„Die Zentralstelle für Völkerrecht und die deutsche Friedens-
gesellschaft entwickeln wieder eine große Propagandastätigkeit.
Von beiden Stellen sind Aufforderungen an die Ausschuss-
mitglieder, Ortsgruppen und Vertrauenspersonen ergangen,
in möglichst vielen Versammlungen für einen Verständigungs-
frieden im Sinne der Reichstagsentscheidung vom 19. Juli 1917
einzutreten. Die Tagesordnung soll einheitlich lauten: Welchen
Frieden braucht unser Volk? Ebenso ist für die in den Ver-
sammlungen einzubringende Entscheidung ein gleichlautender
Text herausgegeben worden. Zur Gewinnung von Rednern
bietet die Deutsche Friedensgesellschaft unter Herausgabe einer
Rednerliste mit Themenangaben die Vermittlung ihres Sekre-
tariats an. Die vorgeschriebene Propaganda für den interna-
tionalen Pazifismus. Unter Hinweis auf meinen Erlaß vom
7. November 1915 erlaube ich, die Abhaltung der in Aussicht
stehenden Versammlungen und Reden zu verhindern.“
gez. v. Stehn.

Wie bekanntgeworden ist, hat der bayerische Minister des
Innern diesem Erlaß nicht stattgegeben.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* In den letzten Tagen weckte der Kaiser in Kiel.
In einer Ansprache an sämtliche Truppenteile der Garnison
erinnerte der Monarch an Coronel und Stageraal, sowie
an die tapferen Vorkämpfer unserer Torpedoböte gegen die
feindlichen Küsten, die bewiesen hätten, welcher Geist in
der Flotte herrsche. Die Ruhmestaten der Flotte seien
denen unserer Armeen gleichwertig. Der Kaiser über-
brachte sodann die Grüße der an der Westfront kämpfenden

Kameraden und forderte zum Schluss auf, dafür zu sorgen,
den U-Boot-Krieg in voller Wirksamkeit zu erhalten, damit
den Truppen an Land auch weiterhin geholfen werde, den
schweren Kampf mit Erfolg durchzuführen. Im Anschluss
an den Kieler Besuch besichtigte der Kaiser die U-Boot-
Schule in Eckernförde.

* In einer Entschlieung des allgemeinen deutschen
Genossenschaftsverbandes heißt es: „Der Verband ruft
die ihm angeschlossenen Genossenschaften auf, ihre in acht
Kriegsanleihen bewährte finanzielle Macht auch für die
9. Kriegsanleihe in den Dienst des Vaterlandes zu stellen.
Dem durch vorübergehende Erfolge übermäßig gewordenen
Feinde muß wiederum gezeigt werden, daß das deutsche
Volk in ungeschwächter wirtschaftlicher Kraft den un-
bezwingbaren Willen hat, dem Vaterlande zu geben, was
es braucht, um den ihm aufgezwungenen Kampf zum sieg-
reichen Ende zu führen. Die deutschen Völker bestimmen
im stählernen Kampf Haus und Herd, Weib und Kind
und haben Anspruch darauf, in der Heimat einen gleich
starken wirtschaftlichen Schutz hinter sich zu wissen. Die
Schulz-Genossenschaften werden wiederum ihre
Schuldigkeit tun.“

Frankreich.

* Die heimgekehrten Teilnehmer an der Londoner
Sozialistenkonferenz sind sehr entrüstet, daß Clemenceau
senior alle ihre Verträge unterdrückt hat. „Populaire“
schreibt: „Der Eindruck, den man nach Schluss der Be-
ratungen hat, ist der, daß künftig jede ähnliche Konferenz
unmöglich geworden ist. Eine Konferenz mit nicht-
sozialistischen Elementen und besonders mit den anti-
sozialistischen amerikanischen Arbeiterdelegierten, die durch
ihre Zahl die echten Sozialisten unterdrücken und Aus-
sprache und Entscheidungen fällen, kann in Zukunft
nicht mehr stattfinden. Unsere englischen Kameraden er-
warten, es sei nötig, die sozialistischen Vorkämpfer vor
derart zusammengelegten Konferenzen zu warnen.“

Holland.

* Zu dem Verbot der Ausfuhr von Lebensmitteln,
das die Regierung erlassen hat, schreibt das „Vaterland“:
„Dieser Verbot muß sowohl eingeschränkt wie ergänzt
werden, eingeschränkt insofern, als die Ausfuhr, zu der
unser Land vertraglich verpflichtet ist, weitergeht, ergänzt
als alle übrige Ausfuhr, nicht nur die, die mit der Volks-
ernährung in Zusammenhang steht, vorläufig verboten ist.“
Die Nachricht, daß die Einfuhr von Rohstoffen aus Deutsch-
land seit Mittwoch verboten ist, ist nur teilweise richtig.

Rußland.

* Die Beziehungen zwischen Rußland und den
Verbandsstaaten gestalten sich immer schwieriger. Die
Sowjetregierung hat beschlossen, alle englischen und fran-
zösischen Konsulatsbeamten zu internieren. Da sich einige
von ihnen, die auch an der Verschwörung beteiligt waren,
in dem unter norwegischer Flagge stehenden amerikanischen
Konsulatsgebäude verborgen haben, hat die Sowjetregierung,
um die norwegische Flagge nicht zu verletzen, das Gebäude
mit einer Postenkette umgeben, bis sich die Verborgenen
freiwillig melden. Sie sollen interniert werden.

Türkei.

* In der Antwort der türkischen Regierung
Graf Burians Friedensnote heißt es u. a.: „Die türkische
Regierung spricht den Wunsch aus, daß dieser neuerlich
von der österreichisch-ungarischen Regierung unternommene,
von hohem Menschlichkeitsgefühl und aufrichtigem Ver-
ständnisgehalt eingeleitete Schritt zur Vorbereitung des
Friedens für einen gerechten und dauerhaften, die ganze
Welt umfassenden Frieden bei unseren Gegnern die besten
friedlichen Dispositionen finde. Der Unterzeichnete hat
die Ehre, im Namen der türkischen Regierung zu er-
klären, daß die hohe Porte bereit ist, an dem vorge-
schlagenen Gedankenaustausch teilzunehmen.“

Aus In- und Ausland.

Berlin, 26. Sept. Der Vertreter der polnischen Regie-
rung, Graf Bonikier ist aus Warschau hier wieder ein-
getroffen.

Frankfurt a. M., 26. Sept. Nach der Frankf. Stg. be-
steht in politischen Kreisen die Anschauung, daß die Mehrheit
für eine Regierungsreform im Wachen begriffen ist.

London, 26. Sept. Der amerikanische Arbeiterführer
Gompers hatte mit der amerikanischen Arbeitermission eine
einstündige Audienz beim englischen Königspaar.

Genf, 26. Sept. Der Kongress der unterdrückten
Nationen soll am 15. Oktober in Paris stattfinden. Teil-
nehmen werden Tschecho-Slowaken, Südslaven, Rumänen
und Polen.

Die Schlacht im Westen.

Mitteilungen des Völkischen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 26. September.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Vorfeldkämpfe
in der Vos-Niederung, nördlich vom La Bassée-Kanal und
bei Mœuvres.

Seeresgruppe Vorku.
Bestimmte Feuer des Feindes südlich von Vorku und bei Vorku folgten nur Teilvorhänge, die abgewiesen wurden.

Zwischen dem Omlanon-Bach und der Somme setzte der Feind seine Angriffe fort. Der erste Ansturm brach in dem zusammengefassten Feuer unserer Artillerie und Infanterie zusammen. Das Schwebgewicht der am Vormittage mehrfach wiederholten Angriffe richtete sich gegen die Höhe zwischen Vorku und Vricourt. Vorübergehend fachte der Feind auf ihr Fuß; im Gegenseitig nahmen wir sie wieder.

Am Nachmittag setzte der Feind zwischen Vorku und der Somme erneut zu starken Angriffen an, die bis auf kleine Einbruchsstellen abgewiesen wurden. Wir machten hier in den beiden letzten Tagen mehr als 200 Gefangene.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Bei östlicher Angriffsanordnung südlich von Alkement (zwischen Allette und Aloue) machten wir Gefangene.

Nördlich von Vorku schlugen wir Teilangriffe des Gegners ab.

Seeresgruppe Herzog Albrecht.

Südlich der Mosel wurde ein Teilangriff des Feindes abgewiesen.

Die dort kämpfenden Truppen der 31. Landwehr-Brigade nahmen im Gegenseitig 50 Franzosen und Amerikaner gefangen.

Aus feindlichen Geschwadern, die Frankfurt am Main und Rotterdam angriffen, wurden 7 Flugzeuge abgeschossen.

Der 1. Generalquartiermeister Ludendorff.

**Gesinnungen sind wohlfeil —
Worte erschüttern nur die Luft;
Erst die Tat zeigt den Wert!
Deine Tat sei die „Neunte“!**

Abendbericht.

WTB Berlin, 26. Sept. (Amtlich.)

In der Champagne und zwischen Argonnen und der Maas haben auf breiter Front französische-amerikanische Angriffe nach eifriger Feuerbereiung begonnen. Der Durchbruch des Feindes ist vereitelt. Der Kampf um unsere Stellungen dauert an.

Die deutsche Westfront unerschütterlich.

Der militärische Mitarbeiter des „Bund“ stellt fest, daß die Offensive der Alliierten im Westen zu keinem entscheidenden Ergebnis gelangt ist. Die Deutschen hätten außer dem unwichtigen Vorstoß von St. Mihiel noch keinen bedeutenden Punkt der alten Westfront aufgegeben, vielmehr zwischen Vill und Berry au Bac und in der Champagne-Hügeln noch erobertes Gelände im Besitz. Der Militärkritiker schreibt im übrigen zu den Plänen Fochs: Je höher man den französischen Feldherrn einschätzt, der eine Fülle von Kampfmitteln aufwendet, um, wenn möglich, noch vor November zu entscheidenden Ergebnissen zu gelangen, desto eher wird man zu der Einsicht kommen, daß er auch in Flandern, in der Champagne und an der Lothringer Front zu Operationen großen Stils schreitet. Er kann seine siegreich aufstrebende Gegenoffensive, die den größten strategischen Aufwand, den die Deutschen an der Westfront je unternommen haben, in sich vereinigt, nicht totlaufen lassen oder stilllegen, ohne das äußerste angewendet zu haben, um die deutsche Wehrstellung zu durchbrechen. Heute ist die deutsche Wehrstellung auf der ganzen Front von Flandern bis in den Sundgau unerschütterlich.

Im englischen Sperrgebiet und im Atlantik.

Wieder 26 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 26. September.

Amtlich wird gemeldet: Im Sperrgebiet am England und im Atlantik versenkten unsere U-Boote 26 000 Br.-Tonn.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Allen amerikanischen Berührungsmeldungen zum Trost macht sich die gesteigerte Tätigkeit deutscher U-Boote an der amerikanischen Küste doch recht deutlich bemerkbar. Die Versicherungsprämien sind gewaltig in die Höhe gegangen; welchen Einfluß dies auf die Kosten der Versorgung der europäischen Entente-Länder hat, ist ohne weiteres klar. Wie groß die Steigerung der Versicherungsraten ist, geht aus einer Meldung des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ vom 12. 9. hervor, nach der infolge der U-Boot-Gefahr an der amerikanischen Küste und der dadurch bedingten Steigerung der Versicherungsprämien der Kontinente west-indischen Maildienst seine Frachtraten um 100 % erhöht hat. Diese Schiffsverkehrslinie unterhielt im Frieden einen regelmäßigen Dienst von Amsterdam über Surinam und die Antillen nach New York; zurzeit ist nur die Strecke Paramaribo-New York in Betrieb.

England und die deutschen Kolonien.

Neuter meldet: Die Erhebungen, die an maßgebenden Stellen vorgenommen wurden, zeigen, daß diejenigen, die am ehesten in der Lage sind, sich eine Meinung zu bilden, nicht im geringsten daran zweifeln, daß Deutschland, wenn es seine Kolonien zurückbekäme, sie als Unterseebootstationen verwenden würde, die eine Bedrohung für den Handel aller Nationen darstellen würden. Die Eroberung einiger Kolonien, z. B. Ostafrika und Südwestafrika, war eine außerordentlich schwierige Aufgabe. Wenn Deutschland sie zurückbekäme, könnte es sie zu Lande und zur See so besetzen, daß sie nahezu uneinnehmbar wären. Man muß in diesem Zusammenhange an die außerordentliche Vergrößerung der U-Boote denken. Unterseeboote vom veränderten Deutschland haben einen Aktionsradius von ungefähr 30 000 Kilometern und der neueste Kreuzer

von 10 000 Kilometern. Ein Aktionsradius von 15 000 Kilometern aber würde genügen, um ernstlich auf alle Handelswege der Welt störend einzuwirken.

Die U-Boot-Gurche soll auch hier die englische Flotte und vor allem Englands Raubgier unterstützen.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 26. Sept. Generaloberst v. Deering wurde unter Belassung à la suite des Füsilierregiments Nr. 80 zum Chef des Kolbergischen Grenadierregiments Graf Smettau (2. Bommersches) Nr. 9 ernannt.

Amsterdam, 26. Sept. In Bremen ist ein englisches Flugzeug gelandet. Die beiden Insassen wurden interniert.

Nah und Fern.

1. Reg. Schöffengericht Dachenburg (Sitzung vom 25. 9. 18.) Die erste Strafsache mußte vertagt werden, da der Angeklagte nicht erschienen war. — Wegen Entwendung eines Portemonnaies mit 25 M. Inhalt wurde der Jugendliche Karl J. aus Dahlenburg zu 2 Jahren Gefängnis kostenpflichtig verurteilt. — Der Viehhändler Daniel A. von Dachenburg sollte zwei Stück Rindvieh ohne Ausfuhrbewilligung aus dem Oberwesterwaldkreis nach Westfalen ausgeführt haben. Wegen den ihm daraufhin zugestellten gerichtlichen Strafbefehl über 75 M. legte er Berufung ein mit dem Ersuchen, daß ihn das Gericht freisprache unter Übernahme der Kosten auf die Staatskasse. — Die Verhandlung gegen den Landwirt Wilhelm Sch. von Niederndorfsbach wegen Getreideverzehrs wurde zwecks weiterer Aufklärung vertagt. — Wegen Kohlenverkaufs ohne Bezugsscheine war dem Kohlenhändler Ludwig W. von Korb ein Strafbefehl über 60 M. zugestellt worden. Die von dem Beschuldigten dagegen eingelegte Berufung war erfolglos; das Gericht erkannte ebenfalls auf eine Geldstrafe von 60 M., hilfsweise auf 1 Jahr Gefängnis und Kostenverurteilung. — Wegen unbefugten Viehkaufs sollte der Metzger Julius B. von Oberndorfsbach laut gerichtlichen Strafbefehl 400 M. zahlen, wogegen der Beschuldigte richterliche Entscheidung beantragte. Das Gericht sah die Verletzung wesentlich milder an und erkannte auf 100 M. Geldstrafe oder für je 5 M. 1 Tag Gefängnis und Tragung der Kosten. — Der Jugendliche G. Sch. von Marzhausen, der wegen Körperverletzung angeklagt war, erzielte Freisprechung, ebenso der jugendliche Fabrikarbeiter Alfons S. von Wülfsbach. — In zwei Diebstahlsfällen war niemand erschienen.

2. Neunte Kriegsanleihe und Einlösung von Anleihe-Zinscheinen bei der Post. Zeichnungen auf die neunte Kriegsanleihe nehmen vom 23. September bis 23. Oktober auch alle Postanstalten entgegen. Die Zeichnungsbedingungen mit dem Zeichnungsschein, in den nur der gewünschte Betrag und die Unterschrift einzurufen sind, werden an jedem Posthalter verabfolgt. Um die Einlösung der Kriegsanleihezinscheine zu erleichtern, nehmen alle Postanstalten, die Landbriefträger und die Posthilfsstelleninhaber solche Zinscheine einschließlich der Zinscheine zu den während des Krieges ausgegebenen Reichsschatzanweisungen vom 21. des dem Fälligkeitstage vorhergehenden Monats ab in Zahlung oder tauschen sie gegen bar um. Die am 1. Oktober fälligen Zinscheine werden also schon jetzt eingelöst.

3. Für die 9. Kriegsanleihe zeichnen: 8 Millionen: Städtische Sparkasse in Neustadt, Bergmann Elektrizitätswerke A.-G. in Berlin; 5 Millionen: Stadtverwaltung Cassel; 3 Millionen: Kommerzienrat Mandelbaum, Berlin; 1 1/2 Millionen: Maschinenbau-Anstalt und Eisengießerei vorm. Th. Höpfer A.-G. in Gießen; 1 Million: Seidenweberei Michaels u. Co. in Berlin, Chemische Fabrik vorm. Goldenberg, Geromont u. Co. in Wiesbaden, Dillstoff für Post- und Telegraphenbedarfe in Berlin, Dürkopp-Werke A.-G. in Bielefeld, J. Goldfarb in Preußisch-Stargard.

4. Im Telegrammverkehr nach Ostpreußen und Litauen gelten vom 1. Oktober an dieselben Vorkaufgebühren wie im innerdeutschen Verkehr, d. h. 8 Pfennig für das Wort mit einer Mindestgebühr von 65 Pfennig. Im Telegrammverkehr nach Ungarn und Bosnien-Herzegowina beträgt die Vorkaufgebühr vom gleichen Zeitpunkt ab 10 Pfennig mit einer Mindestgebühr von 85 Pfennig. Im Verkehr mit Ungarn wird infolge besonderer Verhältnisse in diesem Lande das Höchstgewicht der Briefe vorübergehend auf 250 Gramm beschränkt.

5. 30 Mark Wochenverdienst für laubbammelnde Schärer. Die Schüler der Knabenvolkschule in Langensalza haben in der Zeit vom 7. Juni bis 14. September d. J. 1503 Buntner Laub gesammelt und dafür insgesamt 9224,63 Mark Sammellohn ausgezahlt erhalten. Viele von ihnen hatten einen wöchentlichen Verdienst von 15 bis 25 Mark. Besonders fleißige Sammler brachten es sogar auf einen Wochenlohn von über 30 Mark.

6. Kaiser Wilhelm gegen Fremdenfeinderei. An den Gesamtausschuß des Deutschen Bundes zur Bekämpfung fremden und zur Förderung deutschen Wesens zu Stuttgart ging ein als Antwort auf eine Mitteilung über die Ziele des Bundes im Auftrag des Kaisers abgefaßtes Schreiben ein, in dem es heißt: „Nach der Auffassung Seiner Majestät gehört die Vorliebe mancher Kreise unseres Volkes für fremdländisches Wesen zu den bedauerlichsten und beschämendsten Folgen unserer geschichtlichen Entwicklung aus der Zeit vor Gründung des Reiches. Unter dem Eindruck unserer einzigartigen Kriegserfolge, die das Geistes und der, wie der ungeheuren Erfolge, die das Ergebnis von vier Kriegsjahren bilden, begrüßen Seine Majestät deshalb mit doppelter Freude alle Bestrebungen, die der Beseitigung dieser Schwäche dienen.“

7. Der Poststempel für die Kriegsanleihe. Die bayerische Post hat die Stempel für die Entwertung der Marken in den Dienst der Kriegsanleihepropaganda gestellt. Die Maschinenrollstempel, die den Briefumschlag der Länge nach überlaufen, tragen eingefügt die Worte „Gilt gegen! Zeichne Kriegsanleihe!“

8. Vergiftungen mit Pferdeschweiß. Die in bedenklicher Weise an die künftigen traurigen Vorfälle in Camen erinnern, sind nun auch in Schneiditz vorgekommen. Dort sind eine große Anzahl Personen, vielfach ganze Familien, plötzlich unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Als Ursache ermittelt wurde der Genuß von Fleisch eines im Schneiditzer Schlachthof notgeschlachteten Pferdes. Zwei Kinder sind gestorben.

9. Reiseprüfung eines Kriegesblinden. An der Dreikönigsschule zu Dresden bestand nach schriftlicher und mündlicher Prüfung ein Kriegesblinder J. Br. die Kriegesreiseprüfung. Er hatte die Schule als Kriegesfreiwilliger seinerzeit mit der Reise für Obersekunda verlassen, so daß er in der kurzen Zeit von etwa 14 Monaten den Lehrstoff von drei Klassen bewältigte. Er will Volkswirtschaft studieren.

10. Der verjagte Reichskontrollleur. In An-Den ist ein von der Reichsgetreidekasse entsandter Reichskontrollleur vor der Mühle von fast der gesamten Bauernschaft, etwa 500 Menschen, mit Steinen, Stielen und Messern empfangen und verjagt worden. Der Reichsbetrieb der Mühle wurde von den Bauern erzwungen. Der Kontrollleur mußte unverrichteter Dinge wieder abziehen.

11. Eine neue Schwindelindustrie hat sich in Berlin aufgetan. Möbel und Hauskaltungsgegenstände sind besonders im Werte gestiegen. Das machen sich die Gauner zu nutze und richten sich als Fuhrunternehmer ein, die sich zur Übernahme von Fuhrren billig anbieten. In letzter Zeit ist nun wiederholt festgestellt worden, daß gewöhnliche Diebe im Einvernehmen mit Dieben, die von vornherein eingeweiht sind, die Wohnungseinrichtungen abholten und damit verschwanden. Einzelne Familien haben auf diese Weise ihren ganzen Hausrat verloren.

12. Helsingfors, Helsingborg, Helsingör. Die Schamerländer der Post sind infolge unserer neuen Beziehungen in Osten vermehrt worden. Die Orte Helsingborg in Schweden, Helsingfors in Finnland und Helsingör in Dänemark werden vielfach miteinander verwechselt. Das Reichspostamt muß deshalb genötigt, die Postämter auf die richtige Bedeutung der Sendungen nach diesen Orten hinzuweisen. Auch die Abkürzung dürfte es sich empfehlen, die nötigen Hinweise zu den drei Namen nicht zu vergessen.

13. Deutscher Schulinspektor für die Türkei. Unterrichtsminister Dr. Raschke hat dem Geheimrat Schmidt die gesamte Schulinspektion in der Türkei übertragen. Auch die bisher unabhängige Generaldirektion der Schulinspektionen einschließlich der vier Reichsteile, die Inspektoren sind Geheimrat Schmidt unterstellt worden.

14. Seuchen in ganz Frankreich. Die in der Schweiz eingetroffenen französischen Zeitungen geben zu, daß die sogenannte spanische Grippe in ganz Frankreich herrscht und einen sehr ernsten Charakter angenommen hat. In den südlichen Stadtteilen von Paris selbst tritt die Krankheit als eine Grippeepidemie auf, und der Polizeirath verhängt eingehende Anweisungen, um die Verbreitung zu verhindern. Die Ärzte kennzeichnen die Krankheit als eine choleraartige Epidemie.

Bunte Tages-Chronik.

Berlin, 26. Sept. Gestern abend wurde die 32-Jährige Frau Helene Meyer in ihrer Wohnung in Schöneberg ermordet. Sie ist vor mehreren Tagen durch Ermordung getötet worden und zwar vermutlich von ihrem Mann, der 35 Jahre alten Walter Franz Meyer, der flüchtig ist.

Emmerich, 26. Sept. Vier wurden auf einem aus Döbeln gekommenen Rheinisch-Schmuggelwaren, die zum Verkauf in Deutschland bestimmt waren, im Werte von 400 000 Mark beschlagnahmt.

Dresden, 26. Sept. Der vortragende Rat im sächsischen Finanzministerium, Geheimrat Justizrat Dr. Otto W., wurde durch einen Unfall in den Bergen bei Oberdorf tödlich verunglückt. Seine Leiche konnte noch nicht gefunden werden. In Warschau, 26. Sept. Großfeuer vernichtete den hiesigen städtischen Müllspeicher der Firma Wolskoff-Rochan. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Mark. Da der Eigentümer vermisst wird, ist der Inhaber der Firma verhaftet worden.

Genf, 26. Sept. Die Neuviller Tabakfabrik, die bedeutendste der Pariser Umgebung, ist vollständig abgebrannt.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich: Theodor Kirchhölzl in Dachenburg.

Diejenigen Personen, welche im Laufe des Kalenderjahres das Gewerbe im Umherziehen betreiben wollen, haben bis spätestens zum 15. Oktober d. J. bei der unterzeichneten Behörde zwecks Erlangung des erforderlichen Gewerbebescheides zu beantragen. Die Hausgewerbebetriebe werden darauf aufmerksam gemacht, daß dieselben nur bei Einhaltung dieses Termins mit Sicherheit rechnen können, daß die von ihnen beantragten Gewerbebescheide bis spätestens zum 1. Januar d. J. bei der Stadtkasse zur Verfügung liegen, während bei späterer Antragsstellung infolge der Anbahnung der ausfertigen Scheine die Fertigstellung derselben zu dem gedachten Termine sich erfahrungsgemäß in den meisten Fällen nicht ermöglichen läßt.

Dachenburg, den 24. 9. 1918. Die Polizeiverwaltung.

Der Bürgermeister: Strödel.

Butterverkauf.

am Samstag, den 28. September, bei der Firma Otto 1-2 Uhr nachm. an Inhaber der Fettkarte mit Nr. 1-15 125-130 2-3 " " " " " " 125-130 3-4 " " " " " " 251-255 4-5 " " " " " " 376-380

Dachenburg, den 27. 9. 1918. Der Bürgermeister.

Grundstücks-Verpachtung.

Am Samstag, den 28. d. Mts. nachmittags um 1 Uhr findet im städtischen Schulhause die Verpachtung folgender Grundstücke auf die Dauer von 5 Jahren statt:

Rartenbl.	49	Parz.	5473	Adress	vor der Ziegelhütte, 2. B.
"	50	"	5553	"	Kienelberg
"	50	"	5584	"	"
"	50	"	5585	"	"
"	26	"	3376	"	obere Holzbach
"	26	"	3377	"	"
"	35	"	569	"	Wiese Schildeswiese
"	35	"	570	"	"
"	35	"	571	"	"
"	15	"	1677	"	am Gledensfel
"	15	"	1754	"	unter der Mühlenheck
"	15	"	1755	"	"
"	49	"	5501	"	Adress " Fahnenweiß
"	49	"	5518	"	"
"	49	"	5508	"	"
"	49	"	5507	"	"

Die Bedingungen werden bei der Verpachtung bekanntgegeben. Die Genehmigung des Magistrats bleibt im Einzelnen, wie im Ganzen vorbehalten.

Dachenburg, den 24. 9. 1918.

Der Magistrat.

Verpachtung.

Samstag den 28., abends 8 1/2 Uhr werden Grundstücke der Geschwister Müller, in der Markung Albstadt und auf dem Gleichen liegend, im hiesigen Bohmisch in Albstadt auf 4 Jahre verpachtet. Carl Müller.